

Nr. 15

16. April 2020

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Umfrage: Hohe Zustimmung für stärkere staatliche
Krisenvorsorge

[dbb will nationalen Investitions- und Innovationsplan
für Katastrophenschutz](#)

Gemeinsame Pressemitteilung von dbb, VKA und ver.di
["TV COVID": Kurzarbeit im kommunalen öffentlichen
Dienst ermöglicht](#)

Öffentlicher Dienst

[dbb jugend: Hoffentlich hält die Wertschätzung an](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften

[Coronavirus-Pandemie: Informationen und politische
Forderungen](#)

VBE formuliert Forderungen für Schulöffnung

[Eine Stop-and-Go-Strategie ist inakzeptabel](#)

DPhV zu den Plänen einer stufenweisen Schulöffnung

[Jetzt ist die Zeit der Vorbereitung – es gibt viel zu tun!](#)

VDR findet Zeitplanung für Schulöffnungen realistisch

[Sicherheit geht vor Schnelligkeit](#)

BvLB zur Verschiebung der Schulöffnung

[Berufsbildner fordern verbindliche operative, strategische und
hygienische Standards](#)

BDF fordert Rücksicht auf den Wald

[Dohle: „Rudelbildung ist den Tieren vorbehalten“](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Umfrage: Hohe Zustimmung für stärkere staatliche Krisenvorsorge **dbb will nationalen Investitions- und Innovationsplan für Katastrophenschutz**

Der dbb fordert einen nationalen Investitions- und Innovationsplan für den Katastrophenschutz. Auch die Mehrheit der Menschen im Land ist für eine stärkere staatliche Krisenvorsorge.

Angesichts der Corona-Epidemie befürwortet laut einer forsa-Umfrage im Auftrag des dbb eine große Mehrheit der Bundesbürger eine stärkere staatliche Krisenvorsorge. Ausreichende Vorsorge etwa für Atemmasken und Schutzkleidung für Ärzte und Pflegepersonal finden 78 Prozent ganz besonders wichtig und 20 Prozent wichtig. Deutlich mehr Pflegekräfte halten 68 Prozent für besonders wichtig und 29 Prozent für wichtig. Etwa ebenso viele befürworten auch eine bessere Bezahlung der Pflegenden.

Der dbb fordert einen national abgestimmten Investitions- und Innovationsplan für den Katastrophenschutz. Die Corona-Krise lehre, dass Vorsorge alles sei, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach der Deutschen Presse-Agentur am 16. April 2020. Deutschland könne und müsse hier noch besser werden. Erforderlich sei etwa, Notreserven aufzustocken, das Gesundheitssystem zu stärken, Sozial- und Pflegeberufe attraktiver zu machen und Maßnahmenpläne auf allen Ebenen besser abzustimmen.

„Als erste konkrete Schritte fordern wir ein ständiges nationales Zentralregister der Intensivkapazitäten aller deutschen Krankenhäuser“, sagte Silberbach. „Es kann nicht sein,

dass das im Krisenfall immer wieder neu aufgesetzt werden muss.“ Außerdem brauche es eine beim Bund angesiedelte Epidemiereserve für Medikamente und medizinische Schutzausrüstung. Beides müsse von Anfang an mit einer europakompatiblen Schnittstelle versehen werden, damit auch auf dieser Ebene die Koordination schneller gehe. „In Zeiten der Digitalisierung sollte das alles eigentlich kein Problem mehr sein“, so Silberbach. Er unterstrich die Forderung nach deutlich besserer Bezahlung für die Pflegekräfte in Krankenhäusern und Seniorenheimen. Insgesamt sei ein nachhaltiges Umsteuern bei der Krisenvorsorge nicht umsonst zu haben. Angesichts hoher Zustimmung dafür sei jetzt der Zeitpunkt, Steuergeld in die Hand zu nehmen und die nötigen Entscheidungen zu treffen.

Laut der Umfrage finden 64 Prozent der Befragten die Entwicklung verbindlicher gemeinsamer Notfallpläne für Epidemien von Bund, Ländern und Gemeinden besonders wichtig (wichtig: 31 Prozent). Dass Medikamente wieder überwiegend in Deutschland und Europa statt in asiatischen Ländern hergestellt werden, finden 63 Prozent besonders wichtig und 26 Prozent wichtig.

Gemeinsame Pressemitteilung von dbb, VKA und ver.di **"TV COVID": Kurzarbeit im kommunalen öffentlichen Dienst ermöglicht**

Der Weg für den Tarifvertrag zur Regelung der Kurzarbeit im Bereich des kommunalen öffentlichen Dienstes ist frei: Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), der dbb beamtenbund und tarifunion und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) haben die Reaktionsverhandlungen über den Tarifvertrag zur Regelung der Kurzarbeit (TV COVID) abgeschlossen. Die Gremien haben dem Ergebnis zugestimmt. Diese Vereinbarung kann damit ab sofort umgesetzt werden.

Die Corona-Pandemie hat auch große Auswirkungen auf den kommunalen öffentlichen Dienst, insbesondere die kommunalen Einrichtungen und Betriebe. Dies gilt beispielsweise für Theater, Museen, Bäder, Kultur- und Sporteinrichtungen oder Schulen, die aufgrund aktueller behördlicher Anordnungen geschlossen wurden. Auch im Nahverkehrsbereich sind erhebliche Arbeitsausfälle zu verzeichnen.

Gerade für diese Bereiche haben die Tarifpartner mit dem Abschluss des TV COVID die Möglichkeit zur Einführung von Kurzarbeit geschaffen. Dies soll während der aktuellen Krisensituation die Beschäftigungsverhältnisse und die Einkommen der Beschäftigten sowie den Fortbestand der kommunalen Einrichtungen und Betriebe sichern. Demgegenüber gibt es auch kommunale Bereiche, bei denen Kurzarbeit nicht angezeigt ist. Das gilt besonders

für die Beschäftigten in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Aber auch in den Verwaltungen sowie bei der Kinderbetreuung ist Kurzarbeit kein Thema.

„Es geht darum, für den Fall der Kurzarbeit die betroffenen Beschäftigten im öffentlichen Dienst umfassend abzusichern. Dieser Abschluss setzt auch für andere Bereiche der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens Maßstäbe“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke am Donnerstag.

Volker Geyer, dbb Verhandlungsführer und Fachvorstand Tarifpolitik, ergänzte: „Der Zentralbegriff dieser Einigung ist Sicherheit, Sicherheit vor betriebsbedingten Kündigungen, Sicherung von Urlaub und Sonderzahlungen sowie Sicherung der Einkommen der Kolleginnen und Kollegen auf hohem Niveau.“

„Von den neuen Regelungen zur Kurzarbeit profitieren sowohl die Beschäftigten als auch die kommunalen Arbeitgeber“, so VKA-Präsident Ulrich Mädge. „Es ist wichtig, dass wir

den Fortbestand der kommunalen Einrichtungen und Betriebe sichern und eine möglichst gute Ausgangsbasis für die Zeit nach der Krise schaffen. Wir können die Anforderungen dieser Krise nur dann bewältigen, wenn Beschäftigte und kommunale Arbeitgeber gemeinsam an einem Strang ziehen.“

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen kann Kurzarbeit angeordnet werden. Die Mitbestimmung ist zu beachten. Die Beschäftigten erhalten während der Kurzarbeit, unter Berücksichtigung des Kurzarbeitergeldes, 95 Prozent (bis EG 10 einschließlich) bzw. 90 Prozent (ab EG 11) ihres bisherigen Nettoentgelts. Während der Kurzarbeit und für drei Monate danach sind betriebsbedingte Beendigungskündigungen ausgeschlossen. Weitere Details regeln unter anderem den Umgang mit Arbeitszeitkonten, Urlaub und Überstunden. Der Tarifvertrag tritt am 1. April 2020 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2020.

Öffentlicher Dienst

dbb jugend: Hoffentlich hält die Wertschätzung an

Es muss endlich aufhören mit dem Schimpfen auf die „faulen Beamten“, fordert dbb jugend Chefin Karoline Herrmann mit Blick auf die Höchstleistungen, die Deutschlands öffentlicher Dienst gerade jetzt in Sachen Bewältigung der Coronavirus-Krise erbringt.

„Ich hoffe, dass die Wertschätzung anhält“, sagte die Vorsitzende der dbb jugend, die auch Mitglied der dbb Bundesleitung ist, der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Ausgabe vom 16. April 2020). Es müsse endlich aufhören mit dem Schimpfen auf die „faulen Beamten“. Hierfür sei es wichtig, Lehren aus dieser aktuellen Zeit zu ziehen, etwa über die Ausstattung von Behörden. Das Personal müsse aufgestockt, mehr Teilzeit ermöglicht werden. „Und vielleicht kriegen wir es dann auch mit der Digitalisierung hin. Damit Homeoffice nicht weiterhin bedeutet, einen halben Arbeitstag mit dem Versuch zu verbringen, sich im Videochat anzumelden.“

Herrmann betonte, dass die Coronavirus-Krise die Versäumnisse bei der Ausstattung des

Staats offenbare: In den vergangenen Jahren sei zu viel gespart worden im öffentlichen Dienst, insbesondere im Gesundheitsbereich. An allen Ecken und Enden fehle nun Personal. Die Verantwortung habe man auf immer weniger Schultern verteilt, das mache die Leute krank und kaputt, mahnte Herrmann. Auch eine weitere Fehlentwicklung kritisierte die dbb jugend Vorsitzende scharf: Auch in diesen Ausnahmetagen, wenn Mitarbeiter des Ordnungsamtes eine Bar schließen oder Polizisten picknickende Leute im Park ermahnen, würden sie bespuckt, bepöbelt, angeschrien. „Sie werden zur Zielscheibe des Hasses und der Angst - und das sollte nicht passieren“, forderte Herrmann mit Nachdruck.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften

Coronavirus-Pandemie: Informationen und politische Forderungen

Die Coronavirus-Pandemie hat Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens – und damit natürlich auch auf den gesamten öffentlichen Dienst. Die dbb Landesbünde und Fachgewerkschaften bieten in dieser Lage wichtige regional- und berufsspezifische Informationsangebote.

Insbesondere zu den länderspezifischen bzw. regionalen Regelungen empfiehlt der dbb, sich regelmäßig bei den dbb Landesbünde zu informieren. Eine Übersicht der Landesbünde finden Sie auf dbb.de. Hinsichtlich der berufsspe-

zifischen Informationen gilt dies selbstverständlich auch für die dbb Mitgliedsgewerkschaften. Eine Liste aller im dbb organisierten Gewerkschaften finden Sie ebenfalls auf dbb.de

VBE formuliert Forderungen für Schulöffnung

Eine Stop-and-Go-Strategie ist inakzeptabel

Die Einigung zwischen Bundesregierung und Ministerpräsidenten zum Zeitplan einer Wiederaufnahme des Schulbetriebs kommentierte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, am 15. April 2020: „Wir begrüßen, dass Einigkeit darüber erzielt werden konnte, dass die Bedingungen im Moment nicht gegeben sind, um die Schulen zu öffnen. Die Politik muss zuerst praktikable Regelungen erarbeiten. Der VBE steht gerne zur Verfügung, um in die Ausgestaltung der Regelungen die Expertise der Praxis einzubringen. Wichtig ist, dass alle getroffenen Öffnungsmaßnahmen von hoher Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit sind. Eine Stop-and-Go-Strategie, die Schulen zu Experimentierstätten macht, ist inakzeptabel.“

Der VBE formuliert fünf Kernforderungen für Schulöffnungen: Erstens, ausreichend Vorlaufzeit für die Öffnungen. Beckmann: „Wir müssen auf die Öffnungen besser vorbereitet sein als auf die Schließungen!“ Zweitens, klare Regelungen und logistische sowie hygienische Mindeststandards für den Schulalltag. Drittens, Personalkapazitäten und Arbeitszeitvorgaben müssen beachtet werden. Beckmann: „Dies gilt insbesondere für Überlegungen der Teilung von Klassen und zu im Schichtmodell durchgeführtem Unterricht sowie für die Lehrkräfte, die bei einer schrittweisen Aufnahme des Unterrichts sowohl Präsenzunterricht geben als auch Schülerinnen und Schüler zuhause betreuen müssten.“ Viertens, die Definition der Risikogruppen und besonders zu schützenden Personen. Fünftens, muss das Verhalten von

Schülerinnen und Schülern eingerechnet werden. Der Fokus sollte anfangs nicht auf dem Erbringen bewertbarer Leistungen liegen, sondern auf der Restrukturierung des Alltags.

Darüber hinaus gelte, so Beckmann: „Bis zu den Öffnungen der Schulen muss der aktuelle Zustand kontinuierlich verbessert und müssen jetzt schon offensichtliche Missstände behoben werden. Die Notbetreuung muss weitergehen und auch für Kinder in Notlagen geöffnet werden. Alle Tätigkeiten des Jugendschutzes sind als systemrelevant zu kennzeichnen und müssen entsprechend weitergeführt werden. Kinder ohne Endgeräte müssen welche erhalten. Wir müssen alles tun, um die Bildungsungerechtigkeiten nicht weiter zu verstärken und um Kinder vor Gefahrensituationen zu beschützen.“

DPHV zu den Plänen einer stufenweisen Schulöffnung Jetzt ist die Zeit der Vorbereitung – es gibt viel zu tun!

„Gut so! Die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten handeln bedacht in dieser schwierigen Zeit. Sie ermöglichen es den Schülerinnen und Schülern, ihre Abschlussprüfungen abzulegen, geben den Kultusministern Zeit, die Rahmenbedingungen für eine Wiederaufnahme des Schulbetriebs zu definieren und ermöglichen es den Schulen, bessere Voraussetzungen für planvolles unterrichtliches Handeln zu schaffen“, kommentierte die Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Susanne Lin-Klitzing, am 15. April 2020 die Beschlüsse. Lin-Klitzing erwartet, dass alle für den Schulbetrieb Verantwortlichen, also die Kultusbehörden, Schulämter und Kommunen, aber auch Bundesbildungsministerin Karliczek, die Zeit bis zum 4. Mai für vorausschauendes Planen und fürsorgliches Handeln nutzen; denn bevor die Schule teilweise wieder starten soll, sind nach Lin-Klitzing wichtige Hausaufgaben zu erledigen:

- Mindeststandards für den Gesundheitsschutz für die Schülerinnen und Schüler, für die Prüflinge der Abschlussprüfungen und für die Lehrkräfte sind klar zu benennen und umzusetzen.
- Risiko-Gruppen-Schüler und -Lehrkräfte müssen identifiziert, geschützt und unterstützt werden.
- Die Voraussetzungen für planvolles unterrichtliches Handeln – gerade auch für die Gymnasiale Oberstufe – und für ein angemessenes Beurteilen und Versetzen sind zu schaffen. Mittelfristig muss ein „Institut für digitale Qualitätssicherung im Bildungswesen“ geschaffen oder ein vorhandenes damit betraut werden, Standards für eine Didaktik des digitalen Lehrens und Lernens in Ergänzung zum Präsenz-Unterricht in der Schule zu entwickeln. Es muss zudem als „Clearing-Stelle“ fungieren, um „digitale Bildungsangebote“ im Netz zu sichten, zu bewerten und zu systematisieren. Auch Urheberrechtsfragen zu Zwecken der öffentlichen Bildung müssen neu überdacht werden.
- Klare Vorgaben für die Prüfungslehrproben, mögliche Ersatzleistungen und die Staatsprüfungen für die jetzigen Lehramts-Referendare.

„Gut, dass unseren Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben wird, ihre Schulzeit mit regulären Abschlussprüfungen auch unter diesen schwierigen Bedingungen abzuschließen. Dank an unsere Lehrkräfte, die dies umsetzen und ihre Schülerinnen und Schüler gerade auch in diesen angespannten Zeiten so engagiert und erfolgreich unterstützen, wie sie es tun,“ bewertet Lin-Klitzing die Prüfungssituation zum jetzigen Zeitpunkt.

VDR findet Zeitplanung für Schulöffnungen realistisch Sicherheit geht vor Schnelligkeit

„Wichtig sind jetzt tatsächlich Augenmaß und Vernunft“, betonte Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR) und dbb Vize, am 15. April 2020 zur Verlängerung der Schulschließungen. Natürlich sei es verständlich, dass die Menschen zur Normalität zurückkehren wollen. Allerdings brauche es viel Geduld bis die Situation in der Gesellschaft und an den Schulen wieder zur Ruhe komme.

„Die Schulen brauchen eine gewisse Vorlaufzeit, um die Gegebenheiten vor Ort zur prüfen und gegebenenfalls anzupassen“, machte Böhm deutlich. Klassen müssten geteilt, neue Stundenpläne erstellt, die sanitären Anlagen vorbereitet, die Schülerbeförderung organisiert, Risikogruppen in der Schüler- und Lehrerschaft ermittelt, Schutzmaßnahmen getroffen

werden. Die Schulen seien sehr unterschiedlich aufgestellt und bräuchten genügend Zeit für sinnvolle Planungen, um die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte nicht zu gefährden.

„Um diese Planungen nun starten zu können, müssen die Verantwortlichen aber jetzt Zeitvorgaben treffen und klarmachen, wie, wann und mit welchen Klassenstufen gestartet werden soll. Nach wie vor halten wir es für absolut vorrangig, die Abschlusschüler zuerst wieder zu beschulen und die geregelten Übergänge qualitativ zu sichern. Das betrifft die Abschlusschüler genauso wie die Schüler am Ende der Grundschule“, forderte der Bundesvorsitzende.

Die Abschlussprüfungen dürften generell nach wie vor nicht in Frage gestellt werden. Manche Bundesländer haben schon mit den Abschlussprüfungen begonnen oder diese sogar schon durchgeführt. „Ein Verzicht auf die Prüfungen würde zu einem enormen und unfairen Ungleichgewicht führen.“ Zudem seien diese nach wie vor Maßstab für Leistung und Qualität und könnten auch in dieser schwierigen Situation nicht einfach nur „durchgewunken“ werden.

BvLB zur Verschiebung der Schulöffnung **Berufsbildner fordern verbindliche operative, strategische und hygienische Standards**

Der Bundesverband für Lehrkräfte der Berufsbildung (BvLB) begrüßte die Entscheidung der Bundesregierung, die Öffnung der Schulen erst einmal auf den 4. Mai zu verschieben. „Die gewonnene Zeit muss die Politik jetzt aktiv nutzen, um die nötigen Pflöcke einzuschlagen, die als Orientierung für die Wiederaufnahme des Schulbetriebs zwingend erforderlich sind. Bevor der Präsenzunterricht starten kann, muss klar sein, wie die Verteilung von Mundmasken gewährleistet werden kann, wie die Versorgung mit Desinfektionsmitteln garantiert wird und wie die Schülerbeförderung nach dem Infektionsschutzgesetz erfolgen kann. Parallel dazu müssen die Risikogruppen klar definiert sein. Hier ist die Politik gefordert, den Rahmen vorzugeben. Denn höchste Priorität hat nach wie vor dem Gesundheitsschutz von Lehrkräften und Schülern der beruflichen Bildung“, erklärten die BvLB-Vorsitzenden Joachim Maiß und Eigen Straubinger am 15. April 2020.

Daneben müssen die Kultusminister der Länder die operativen, strategischen und hygienischen Standards definieren, die Basis für die Wiederaufnahme des Schulbetriebs sind und bundesweit einheitlich sein müssen. „Berufsschulen können sich räumlich nicht ausdehnen. Es gibt eine feste Anzahl an Klassenräumen, die bei dem vorgeschriebenen Sicherheitsabstand von zwei Metern bestenfalls der Hälfte aller Schülerinnen und Schüler Platz bietet. Hier sind praktikable Lösungen gefordert, wie die anderen 50 Prozent unterrichtet werden sollen, um die nötige Chancengleichheit für alle zu gewährleisten“, sagte Maiß.

Elementar ist auch, wie täglich aufs Neue 2,4 Millionen Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen vor Betreten des Gebäudes auf das Virus getestet werden können. „Reicht Fiebermessen oder müssen Schnelltests her oder gar eine Tracking-App? Und wie soll das Prozedere im Alltag ablaufen, wenn

1.000 Schüler gleichzeitig Richtung Schule strömen? Hier muss die Politik ganz klare Regeln vorgeben und die notwendigen personellen Kapazitäten bereitstellen. Andernfalls kann der Unterricht an berufsbildenden Schulen auch nach dem 3. Mai nicht starten“, sagt Straubinger.

Noch ein Problem ist, dass die Unterrichtsversorgung schon vor der Corona-Krise an den beruflichen Schulen bei durchschnittlich 90 Prozent lag und tausende Lehrkräfte fehlten - und weiterhin fehlen. „Das Delta wächst in der Krise deutlich, weil zahlreiche Lehrkräfte allein schon durch ihr Alter zu einer Risikozielgruppe zählen und somit auf längere Zeit ausfallen. Berufsschullehrer lassen sich nicht beliebig aus dem Hut zaubern. Auch hier ist die Politik gefordert, den Rahmen vorzugeben, wie unter diesen Vorzeichen Unterricht funktionieren soll“, sagte Straubinger.

BDF fordert Rücksicht auf den Wald Dohle: „Rudelbildung ist den Tieren vorbehalten“

Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hat am 9. April 2020 daran erinnert, dass auch während der Corona-Krise für den Aufenthalt im Wald bestimmte Regeln gelten. „Rudelbildung ist den Tieren vorbehalten. Menschen müssen sich an den Sicherheitsabstand von 2 Metern halten, dürfen maximal zu zweit oder in Familie unterwegs sein,“ so Ulrich Dohle, Bundesvorsitzender des BDF.

„Für uns Forstleute und die Waldbesitzenden ist der Wald auch Arbeitsplatz. Die Klimakrise im Wald lässt uns schon mehr als zwei Jahre kaum Atem schöpfen. Nun kommt Corona noch dazu. Wir freuen uns natürlich auf die Menschen im Wald und dass er auch als Ruhe-Oase und grüne Lunge wahrgenommen wird“, erläuterte Dohle.

Da im Moment auch viel im Wald gearbeitet werde – der Borkenkäfer fliege schon wieder – müssten beim Waldspaziergang jedoch ein paar Regeln beachtet werden: Keine Holzpolter betreten, das Verbot von Rauchen und offenem Feuer im Wald beachten, den eigenen Abfall nicht liegenlassen, die Waldeingänge nicht zuparken und die Tier- und Pflanzenwelt achten.

Namen und Nachrichten

„Seien Sie versichert, dass Thüringens öffentlicher Dienst gerade alles gibt! Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern, in der Auszahlung der Soforthilfe bei der Thüringer Aufbaubank, in den Bundesagenturen für Arbeit, die sich rund um die Uhr um die in Kurzarbeit Befindlichen kümmern, in den Ministerien, in den Stadtverwaltungen, Gesundheitsämtern und dem gesamten Gesundheitswesen, den Polizisten und Feuerwehrleuten vor Ort, sie alle arbeiten gerade mit Hochdruck an den neuen Umsetzungen für die Wirtschaft, für die Aufrechterhaltung der Gesundheit und des öffentlichen Lebens. Ob im Homeoffice, im Schichtbetrieb, im 12-Stunden Tag oder als Lehrkraft, die digital ihre Schützlinge begleitet, und Erzieher, die jetzt die Kinder in der Notbetreuung versorgen. Sie alle geben alles, und dafür danken wir ihnen“, erklärten Helmut Liebermann und Frank Schönborn vom **Thüringer Beamtenbund** am 9. April 2020.

Bei den Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen konnte die **BDZ Jugend** flächendeckend gute Ergebnisse erzielen. In der Haupt- Jugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) wie auch in der Bezirks- Jugend- und Auszubildendenvertretung (BJAV) wird man zukünftig jeweils 12 von 15 Sitzen mit Vertreter*innen der BDZ Jugend besetzen können. Peter Schmitt, Vorsitzender der BDZ Jugend, am 14. April 2020 zum Wahlergebnis: „Die Nachwuchskräfte honorieren mit dem Wahlergebnis die seriöse und nachhaltige Arbeit der BDZ-geführten Jugendvertretungen. Es freut uns, dass die jungen Kolleg*innen dies zu schätzen wissen.“